

Neue Zürcher Zeitung

[Startseite](#) > [Meinung](#) > [Gastkommentare](#)

Liberalismus-Debatte

Alle nennen sich liberal, aber niemand handelt so

Fast alle geben heute vor, «liberal» zu sein, aber antiliberale Fehlregulierungen, Marktverzerrungen und Freiheitsbeschränkungen sind wie nie zuvor auf dem Vormarsch.

Gastkommentar | von **Silvio Borner** | 23.9.2015, 20:49 Uhr | [20 Kommentare](#)

Fast alle geben heute vor, «liberal» zu sein, aber antiliberale Fehlregulierungen, Marktverzerrungen und Freiheitsbeschränkungen sind wie nie zuvor auf dem Vormarsch. Es wimmelt nur so von Bindestrich-Liberalen – Grün-Liberalen, Sozial-Liberalen, Links-Liberalen, die sich vor allem durch das Präfix auszeichnen. Und die wenigen verbliebenen echten Liberalen werden als erzliberal, liberalkonservativ oder gar ordo- und neoliberal in eine extremistische Ecke gestellt. Die Politik will die Marktergebnisse sozial korrigieren und den Einzelnen umfassend vor anderen, aber auch vor sich selber schützen. Gut gemeint? Vielleicht, aber sicher schlecht herausgekommen.

Unnötige Gegenvorschläge

Gemäss WEF-Indikator liegt die Schweiz bezüglich Wettbewerbsfähigkeit immer in absoluten Spitzenrängen, und gemäss neuestem «Happiness-Report» der Uno sind wir die glücklichsten Menschen auf diesem Planeten. Ist mein Unbehagen über unsere Zukunft berechtigt oder blosser Effekthascherei? Zwei Trends geben die Antwort: Der erste ist die Ablösung der Konkordanz durch die Konfrontation oder Polarisierung im politischen

System. Noch in den 1970er Jahren haben die bürgerlichen Bundesratsparteien bei Volksabstimmungen zu 90 Prozent gleichlautende Parolen abgegeben, in der jetzigen Legislaturperiode ist dieser Anteil auf weniger als die Hälfte gesunken. Die SP hat bei Volksabstimmungen schon früher in etwa der Hälfte der Vorlagen für die Opposition gestimmt. In der laufenden Legislaturperiode hat die SVP ein ähnliches Oppositionsniveau erreicht. Die Polarisierung ist somit perfekt. Das Problem liegt jedoch nicht primär in der direkten Demokratie, sondern im Parlament und im Bundesrat. Vor allem klar links ausgerichtete rot-grüne Initiativen werden vom Volk wie eh und je wuchtig abgelehnt. Schlimmer sind deshalb die unnötigen Gegenvorschläge des Bundesrats und die parlamentarischen Vorstösse zur Überregulierung.

Wohlstandsverwöhnung

Das zweite Phänomen bezeichne ich als Wohlstandsverwöhnung (oder Wohlstands-Schizophrenie). Wir haben wirtschaftlich fast alles erreicht und erliegen dabei dem Glauben, alles besser zu wissen und besser zu machen. Also können wir uns fast alles leisten. Wachstum ist nicht mehr prioritär, sondern führt zu Dichtestress, Ungleichheit, ökologischem Untergang. Wachstums- und Technologiefeindlichkeit erfassen breite Kreise. Forderungen auf Verzicht oder Suffizienz treten an die Stelle von Fortschritt und Effizienz. Aber wehe, wenn der Ausbau des Sozialstaates gebremst, der Wohnbau verdichtet oder die Steuern und Gebühren erhöht werden sollen, dann spricht man von Sozialabbau, Rentenklau, Landschaftszerstörung oder «Schröpfung» des Mittelstandes. Ein paar Beispiele: Die Vorschläge des Bundesrats in der Altersversicherung sind nicht nachhaltig, weil sie weder das allgemeine Rentenalter antasten noch den Umwandlungssatz entscheidend anpassen. Die Lebenserwartung steigt schneller, als der Umwandlungssatz sinken soll. Ins Gewicht fallen ausschliesslich auf der Einnahmenseite die happigen 1,5 zusätzlichen Prozentpunkte bei der MWSt. Für die Reduktion unseres CO₂-Ausstosses um einen Zehntel eines Promillepunktes des Weltwerts riskieren wir unseren Wohlstand durch eine Subventions-, Zwangs- und Planwirtschaft im Energiesektor.

Viele Städte haben einer Verkehrsberuhigung zugestimmt mit prozentualen Verkehrsabnahmen. Aber die Zahl der Autos steigt munter weiter, ebenso die gefahrenen Kilometer. In Basel soll der Wohnraum auf 35 Quadratmeter pro Person limitiert werden, aber gleichzeitig soll der soziale Wohnungsbau in Zürich auf 30 Prozent angehoben werden, damit der Wohnraum «bezahlbar» bleibt. Mit der neuen Formularpflicht will der mehrheitlich bürgerliche Bundesrat die Kostenmiete endgültig durchsetzen, indem auch beim Mieterwechsel die Marktanpassung unterbunden werden soll. Und bei 30 Prozent Anteil des sozialen Wohnungsbaus wird der Mietmarkt auch von der Angebotsseite her ausgehebelt. Private Bestechung wird mit der staatlichen Korruption gleichgesetzt, das neue Lebensmittelgesetz verursacht enorme Folgekosten, die Swissness-Vorlage nützt einmal mehr nur der Landwirtschaft, aber vertreibt wohl wichtige Hersteller im Food-Sektor.

Arbeitsmarkt, Energiepolitik, Sozialpolitik . . .

Der einst liberale Arbeitsmarkt wird in Riesenschritten reglementiert und normiert, etwa durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, eine Lohnpolizei gegen Diskriminierung oder rigorose Kontrollen von Baustellen oder im Gastgewerbe. Ein (freisinniger) Bundesrat spricht offiziell von «Scheinselbständigen», aber «Scheininvaliden» sind als Opfer politisch tabu. Und dies, obwohl eine halbstaatliche Sozialbürokratie de facto eine «bedingungslose Grundrente» für Sozialhilfeempfänger geschaffen hat, die einer vierköpfigen Familie den Gegenwert eines Bruttoeinkommens aus Erwerbstätigkeit von gegen 100 000 Franken garantiert.

Wir schreiben die 2000-Watt-Gesellschaft in kantonale Verfassungen, aber brauchen munter weiter 6000, wenn wir die graue Energie mitrechnen. Die kantonalen Baudirektoren wollen uns vorschreiben, wie wir in zwanzig Jahren ohne Gas und Öl heizen müssen. Die linken Mieterverbände sind aus ideologischen Gründen für die Energiewende und die ziemlich verrückte Wärmedämmung. Aber die Mieten dürfen deswegen natürlich nicht steigen. Die Hauseigentümer bekommen garantierte Renditen für die Solarzellen auf ihren Dächern, aber die Mieter wollen die KEV nicht berappen. Deshalb wird die Zeche der Energiewende am Schluss vom Steuerzahler bezahlt. Wir

müssen unseren Konsum aus ökologischen Gründen einschränken, aber die Einkommen dürfen natürlich um keinen Rappen sinken. Die inländischen Nahrungsmittel kosten auch bei Migros oder Coop doppelt oder dreimal so viel wie im Ausland, aber diese nationalen Detailriesen nehmen nur die bösen Importeure ins Visier. Jeder Landwirt kassiert etwa 50 000 Franken pro Jahr aus staatlichen Beihilfen. Damit müssen in den ärmsten Ländern 100 Menschen ein Jahr lang überleben. Aber wir preisen diesen Luxus-Bio-Anbau als Rettung vor dem Welthunger an.

In der Sozial- und Gesundheitspolitik haben sich ganz neue Betreuungsbranchen mit einer halben Million Beschäftigten entwickelt, die privatwirtschaftlich bezahlt, aber staatlich teilfinanziert werden. Dies nenne ich bürokratisch-administrativen Plan- oder Regulierungs-Interventionismus, der gerade in der wohlstandsverwöhnten Schweiz besonders aufzublühen scheint.

Mit der Schuldenbremse haben wir das Wachstum der offiziellen Staatsausgaben gut in den Griff bekommen, aber umso geschmierter läuft jetzt die Regulierungsmaschine, die dem privaten Sektor vielleicht noch grösseren Schaden zufügt als höhere Steuern, weil Kosten nicht transparent als Administrationsaufwand anfallen. Ein «Smart Grid» wird vielleicht den Stromkonsum ein wenig dämpfen oder glätten, aber mit hohen Kosten für die Verbraucher unter Inkaufnahme einer eigentlichen Planwirtschaft. Parlament und Bundesrat haben eine neue zweckgebundene Steuer für alle Haushalte und grosse Teile der Privatwirtschaft durchgewinkt, um einer technologisch und nutzerseitig überholten SRG Milliarden zuzuschancen. Das neue Lebensmittelgesetz und die Swissness-Verordnung werden die Lebensmittelkosten der Preisinsel Schweiz nochmals erhöhen.

Quasireligiöse Ideologien

Es finden sich also noch und noch ideologische und quasireligiöse Strömungen, die den Markt grundsätzlich infrage stellen: Die harten marxistischen Formeln des Sozialismus (Verstaatlichung des privaten Eigentums und zentrale Preisfixierung) sind passé, aber durch einen weicheren «Sozialdemokratismus» ersetzt worden. Dieser orientiert sich am Egalitarismus und will durch radikale Umverteilung und erzwingbare

Rechtsansprüche an den Staat die soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Die subjektiven Gerechtigkeitsvorstellungen werden dabei immer abstruser, die volkswirtschaftlichen Kosten steigen. Die zweite Komponente dieses Sozialdemokratismus ist der Kommunitarismus, der eine Demokratisierung der Wirtschaft anstrebt und die individuellen Anreize (Exit) durch Solidarität und Diskurs (Voice) ersetzen will. Ordnungspolitische Grenzen zwischen Markt und Staat werden so nicht (direkt) durch Kollektivierung des Eigentums und zentrale Mengenplanung angestrebt, sondern durch Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, z. B. über Lohnhöhen oder -strukturen, Wandel zu einer «grünen Wirtschaft» oder schlicht Bevormundung im öffentlichen Interesse (vgl. Lehrplan 21, «Znüni-Terror» in Kindergärten, Anlegerschutz für Bankkunden, Alkoholkampagne, Energiesparen). Diese Forderungen sind auch in bürgerlichen Kreisen populär.

Der sich am Weltuntergang orientierende «Ökologismus» predigt Nachhaltigkeit und Suffizienz und operiert primär mit der Verbreitung von Angst und Schrecken, wissenschaftlich unhaltbaren Konzepten wie ehemals die «Grenzen des Wachstums» und neuerdings die 2000-Watt-Gesellschaft, dem ökologischen Fussabdruck oder der Energiewende. Umgesetzt wird das alles dank der naiven Staatsgläubigkeit, die überall Marktversagen zu erkennen glaubt, aber das Politik- oder Staatsversagen ausblendet. Beispiele sind die Auslagerung der steigenden Staatstätigkeit in Sonderhaushalte der Sozialversicherung und allerlei Infrastrukturfonds in als Steuerabzüge versteckte Subventionen oder als Gebühren oder Versicherungsbeiträge getarnte Steuern. Schlimmer noch ist die individuelle Bevormundung und Verhaltenssteuerung durch staatliche Regulierungen oder Moralappelle. Hier übersteigen die Kosten der Über- oder Fehlregulierung für die Privatwirtschaft schnell die zumindest transparenten Steuern oder Gebühren. Verantwortlich ist vor allem die sich angesichts der Schwächen von Bundesrat und Parlament verselbständigende Verwaltung, die in zentralen Sektoren wie Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Bildung und besonders ausgeprägt Energie das Zepter übernimmt.

Silvio Borner ist em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel.

20 Kommentare

Aktuell

Die russische Intervention in Syrien

Der Golf blickt mit Argusaugen auf Putin

Die russische Intervention in Syrien wird in der Levante und am Golf mit grösster Missbilligung registriert. Israel sucht pragmatische Lösungen.

von **Ulrich Schmid, Jerusalem** | vor 44 Minuten

Gefährliche Luftverschmutzung

Singapur schliesst Schulen

Wegen der massiven Zunahme von Rauchpartikeln in der Luft haben die Singapurische Behörden Schulschliessungen verfügt. Der Rauch stammt von Waldbränden in Indonesien.

von **Manfred Rist, Singapur** | vor 1 Stunde

Unglücke auf dem Hǃjj

Wallfahrt im Zeitalter des Massentourismus

Die Saudi sind für die Sicherheit der Pilger verantwortlich. Die vielen Unglücksfälle untergraben ihre Glaubwürdigkeit als Hüter der heiligen Stätten des Islams.

von **Jürg Bischoff, Beirut** | 24.9.2015

Flüchtlingskrise in Europa

Es gibt kein Pflaster

Zum zweiten Mal in nur sechs Monaten wird die EU von einer Krise heimgesucht, die sie in ihren Grundfesten erschüttert. Das Problem ist: Die Flüchtlingskrise lässt sich nicht allein mit Geld lösen.

Kommentar | von **Nina Belz** | 24.9.2015

Finanzpolitik

Wassermangel in den Steueroasen

Der nationale Finanzausgleich zeigt in der Zentralschweiz Wirkung. Insbesondere Schwyz muss seine Steuerpolitik den veränderten Gegebenheiten anpassen.

von **Erich Aschwanden, Schwyz** | vor 2 Stunden

Rückschlag für Frankreich

Keine Amtshilfe im Fall UBS

Die Untersuchungen von Frankreich gegen die UBS wegen Vorwurfs der Beihilfe zum Steuerbetrug haben einen Dämpfer erhalten.

von **Zoé Baches** | 24.9.2015

Mountainbikerin Jolanda Neff in den Ried-WM

Experiment auf ungewohntem Terrain

Jolanda Neff ist eine der besten Mountainbikerinnen der Welt. Nun aber startet die 22-Jährige an den Strassen-WM im amerikanischen Richmond. Es ist ein Experiment im Hinblick auf Olympia in Rio.

vor 2 Stunden

Service

[Newsletter](#) / [Facebook](#) / [Twitter](#) / [Google+](#) / [RSS-Feeds](#) / [Apps](#) / [Kontakt](#) / [Häufige Fragen](#)
/ [Feedback](#) / [Leserbriefe](#) / [Impressum](#) / [AGB & Datenschutz](#) / [Wettervorhersage](#)

Abonnement

[Alle Angebote](#) / [Zeitungen](#) / [Magazine](#) / [E-Paper](#) / [Mein Abo verwalten](#)

Marktplätze

[Jobs](#) / [Immobilien](#) / [Traueranzeigen](#)

NZZ-Shops

[Kollektion](#) / [NZZ Archiv](#) / [NZZ Format](#) / [NZZ Libro](#)

Zeitungen und Magazine

Neue Zürcher Zeitung / NZZ [im Sonntag](#) / NZZ Folio / NZZ Campus / [Früme](#) / NZZ Selekt
/ NZZ Geschichte / NZZ [im Sonntag](#) Stil / NZZ Z / NZZ Bücher [im Sonntag](#) / NZZ
Residence / NZZ Fokus / NZZ Executive / NZZ Domizil / NZZ Chronik

NZZ Mediengruppe

[Unternehmen](#) / [Offene Stellen](#) / [Medienmitteilungen](#) / [LZ Medien](#) / [Täglich](#) Medien / [TV und
Radio](#) / [NZZ Film](#) / [NZZ Podium](#) / [NZZ Podium Berlin](#)

Werbung

[Mediadaten](#) / [Inserieren](#) / [Zeitungen](#) / [Online](#) / [Rubrikenmärkte](#) / [Kontakt](#)

Weitere Angebote : [Abnehmprogramm eBalance](#) / [Handelsregister-](#) u.
[Wirtschaftsinformationen Schweiz](#) / [Handelsregister-](#) u. [Wirtschaftsinformationen Deutschland](#)
/ [Swiss Economic Forum](#) / [Swiss Innovation Forum](#) / [Swiss Energy and Climate Summit](#) /
[Family Business Award](#) / [Swiss International Finance Forum](#) / [X-Days](#) / [Real Estate Days](#) /
[CEO Dinner](#) / [Gender 50/50](#) / [NZZ.ch](#)

Kooperations-Angebote : [Pfüm](#) / [Rett](#) / [Mondovino](#)